

Guantánamo Bay soll geschlossen werden – aber wohin mit den Gefangenen?

Die Frage der Aufnahme von Insassen des US-Gefangenenlagers erhitzt für kurze Zeit auch in Deutschland die Gemüter – und bleibt fürs erste offen



Karsten Malowitz

Karsten Malowitz

Für seine zwei Tage nach Amtsantritt am 22. Januar 2009 erfolgte Anordnung, das umstrittene Gefangenenlager Guantánamo Bay binnen eines Jahres zu schließen, erntete der neue US-Präsident Barack Obama weltweit Sympathie und Zustimmung. Zumindest der Anfang vom Ende eines der dunkelsten Kapitel amerikanischer Menschenrechtspolitik schien damit eingeleitet zu sein. Doch schon im Vorfeld der Ankündigung des US-Präsidenten hatte sich abgezeichnet, dass die von vielen Menschenrechtsorganisationen und Regierungen geforderte Schließung des Lagers keineswegs so reibungslos verlaufen würde wie erhofft. Als schwerwiegendes Problem erwies sich insbesondere die Frage nach dem zukünftigen Verbleib jener Gefangener, die den US-Behörden zwar schon seit längerer Zeit nicht mehr als tatverdächtig gelten, die aber trotzdem nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, weil sie dort von Folter und Verfolgung bedroht sind. Über den richtigen Umgang mit dieser Gruppe von rund 60 der zum damaligen Zeitpunkt insgesamt noch etwa 245 Internierten war es in Deutschland bereits im Dezember 2008 zu ersten Meinungsverschiedenheiten im Parteienspektrum gekommen, nachdem der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) eine Prüfung der rechtlichen und politischen Fragen für eine mögliche Aufnahme solcher Gefangenen angeordnet hatte. Anfang des Jahres 2009 entzündete sich der schwelende Streit endgültig und entfachte eine kurze, aber hitzige Debatte zwischen den Parteien.

Der Richtungsstreit in der Großen Koalition

Ausgelöst wurde der Reigen der kontroversen Stellungnahmen durch den damaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der Barack Obama noch vor dessen Amtseinführung in einem im Spiegel veröffentlichten

offenen Brief die Unterstützung der Staatengemeinschaft bei der Aufnahme einzelner Guantánamo-Häftlinge in Aussicht stellte.

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2009/0901110-BM-Spiegel-Brief.html>

Auf diesen innerhalb des Kabinetts offenbar nicht abgestimmten Vorstoß folgte umgehend die Reaktion des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble (CDU), der vor allem die USA selbst in der Pflicht zur Aufnahme von nicht rückführungsfähigen Gefangenen sah und darüber hinaus seinen Kabinettskollegen an die Kompetenzverteilung erinnerte:

(FR-Online vom 21.01.2009)

„Die Einrichtung von Guantánamo war ein Fehler, den im übrigen bereits die Administration von George W. Bush korrigieren wollte. Die Konsequenzen müssen die Amerikaner tragen.“ Jene Guantánamo-Häftlinge, bei denen es keine gesetzlichen Gründe gebe, sie ihrer Freiheit zu berauben, müssten freigelassen werden. „Wenn sie aus Ländern kommen, in die sie aus Menschenrechtsgründen nicht zurückkehren können, müssen sie eben in den USA bleiben“, sagte Schäuble der FR. Er kenne keinen Grund, weshalb jemand, der zu gefährlich für Amerika sein soll, von einem EU-Land aufgenommen werden müsste. Empfindlich reagierte Schäuble auf den Vorstoß von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der Obama in einem offenen Brief angeboten hatte, dass Deutschland einzelne Guantánamo-Häftlinge aufnehmen könnte. „Der Außenminister ist der Außenminister. Zuständig sind die Innenminister von Bund und Ländern. Das kann jeder im Aufenthaltsrecht nachlesen.“ Die Innenminister von Bund und Ländern würden sich mit der Frage beschäftigen, falls die USA eine entsprechende Bitte aussprechen würden.

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1662786&

Noch schärfer reagierte der damalige CSU-Generalsekretär Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, der den Vorstoß des Bundesaußenministers als politischen Fehler bewertete und seinem Urheber zudem unlautere Motive unterstellte:

(Passauer Neue Presse vom 24.01.2009)

„Es wird noch genug Gelegenheiten geben, dass Deutschland um Hilfe gefragt wird. Dann heißt es, berechenbar zu sein.“ Guttenberg fuhr fort: „Hier zu schreien, wenn einen keiner gerufen hat und dann noch ohne Absprache mit den Innenministern, ist keine seriöse Politik.“ Steinmeier setze damit die „zynische Außenpolitik“ des früheren Bundeskanzlers Schröder (SPD) fort, so Guttenberg. „Kurnaz hat man hängen lassen und den USA aus innenpolitischen Gründen die kalte Schulter gezeigt“. Nun diene sich Steinmeier dem neuen amerikanischen Präsidenten Obama über deutsche Medien an, weil er sich davon innenpolitischen Applaus verspreche: „So gewinnt man kein Vertrauen in den USA.“ Seiner Ansicht nach wäre es „ohnehin das deutlichste Zeichen an die Welt, wenn die USA ihre eigenen Fehler selbst wieder gutmachen und nicht die Europäer, die sie nicht zu verantworten haben.“

In einer Stellungnahme zu den Vorwürfen zeigte sich der so gescholtene Frank-Walter Steinmeier (SPD) erstaunt über die Attacken aus den Reihen des Koalitionspartners und verwies auf die Tragweite der Problematik:

(Tagesspiegel am Sonntag vom 25.01.2009: Guido Westerwelle ist klug genug)

„Ich wundere mich über die aktuelle Debatte. Wir reißen uns wahrlich nicht um die Aufnahme von Gefangenen. Und in der Tat ist das zuerst und vor allem eine Aufgabe der USA selbst. Aber wir gehören doch zu den Ländern, die am lautesten die Schließung und Auflösung von Guantánamo gefordert haben. Obama hat jetzt den ersten Schritt getan – den wir begrüßen. Gleichzeitig gibt es Signale, dass er wegen der Aufnahme einiger Weniger auch auf die Europäer zukommen wird. Wäre es denn wirklich zu verantworten, die Auflösung von Guantánamo daran scheitern zu lassen?“

Unterstützung für seine Position erhielt Steinmeier aus den Reihen seiner eigenen Partei. Für die SPD-Fraktion im Bundestag erklärte deren stellvertretender Vorsitzender Walter Kolbow, das Thema sei „zu ernst für Vorwahlkampf-Ausinandersetzungen“ und fuhr fort:

(Pressemitteilung Nr. 57 vom 26.01.2009)

„Die Kritik des CSU-Generalsekretärs zeigt einmal mehr, dass Außenpolitik für Wahlkampfgeplänkel untauglich ist. Das hohe Maß an außenpolitischem Konsens ist ein wertvolles Gut, das nicht beschädigt werden darf. Alle Parteien der Großen Koalition und darüber hinaus haben der neuen amerikanischen Regierung ihre Kooperationsbereitschaft zugesagt. Diesem richtigen Geist widerspricht Guttenbergs Kritik an Steinmeier fundamental. Sein Vorwurf, der Außenminister biedere sich der USA an, trifft ins Leere. Dies kann nur als ein untauglicher Versuch gewertet werden, den Kanzlerkandidaten der SPD zu verunglimpfen.“

http://www.spd-fraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,46089,00.pdf

Abweichend von der mehrheitlichen Meinung seiner Parteigenossen erneuerte dagegen Berlins Innensenator Erhart Körting (SPD) seine schon früher geäußerte ablehnende Haltung in der Frage:

(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 01.02.2009)

„Solche Leute möchte ich nicht in Deutschland haben“, sagte Körting. Die Guantánamo-Häftlinge, die Deutschland aufnehmen könnte, seien während der Schreckensherrschaft der Taliban von sich aus nach Afghanistan „als dem gelobten Land“ gegangen. „Das war zu einer Zeit, als dort die Todesstrafe gang und gäbe war und Frauen gesteinigt wurden. Das lässt Schlüsse darauf zu, welches Geistes Kind diese Leute sind, auch wenn man ihnen terroristische Aktivitäten nicht nachweisen kann.“

Die Reaktionen der Oppositionsparteien und das Echo in der öffentlichen Berichterstattung

Eine eher abwartende und vermittelnde Position zu dem Streit der Koalitionäre bezog die Parteispitze der FDP:

(Kölner Stadt-Anzeiger vom 25.01.2009)

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle stellte fest: „Amerika, das dieses rechtsstaats- und menschenrechtswidrige Gefängnis eröffnet hat, trägt dafür auch zuerst die Verantwortung.“ Mutmaßliche Terroristen gehörten vor ordentliche Gerichte. Auch der Verbleib der Häftlinge müsse von Washington geklärt werden. Unschuldige sollten in ihre Länder oder an einen sicheren Ort gebracht werden. Dafür müssten zuerst die USA sorgen. Die Unschuldigen sollten im Übrigen entschädigt werden. Eine Unterstützung Deutschlands schloss er jedoch unter menschlichen Gesichtspunkten nicht grundsätzlich aus.

<http://www.ksta.de/html/artikel/1232549986630.shtml>

Westerwelle bekräftigte damit im Wesentlichen die Auffassung, die Florian Toncar, der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, bereits im Anfangsstadium der innenpolitischen Debatte geäußert hatte.

<http://www.fdp-fraktion.de/files/541/1595-Toncar-Guantanamo.pdf>

Michael Leutert, der menschenrechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, erinnerte demgegenüber an die politische Mitverantwortung Deutsch-

lands am Schicksal der Guantánamo-Häftlinge und betonte die humanitäre Dimension der Problematik:

(Bundestagsrede vom 30.01.2009: Aufnahme von Gefangenen aus Guantánamo ermöglichen)
„Auf den ersten Blick ist das Argument von Herrn Schäuble einleuchtend: Die US-Regierung hat das Problem Guantánamo geschaffen, also soll sie sich bitte schön auch um die Folgen kümmern. Erstens haben wir es aber mit zwei ziemlich unterschiedlich agierenden US-Regierungen zu tun. Zweitens stößt dieses Verursacherprinzip schnell an seine Grenzen, weil es in dieser Debatte nicht um eine rechtliche Pflicht zur Aufnahme geht [...], sondern lediglich um eine humanitäre Geste. Außerdem können Sie nicht so tun, als hätte die Bundesregierung mit dem System Guantánamo, also mit der Verweigerung rechtsstaatlicher Normen und der Anwendung von Folter, überhaupt nichts zu tun. Es waren diese Regierung und ihre Vorgängerregierung, die die Praktiken in Guantánamo viel und oft kritisiert haben. Mit ihren Taten haben sie sich aber sehr wohl in Komplizenschaft mit dem System Guantánamo geübt. Ich erinnere nur an den Fall Murat Kurnaz und an die geheimen CIA-Überflüge mit Gefangenen, die der Bundesregierung sehr wohl bekannt gewesen sind. Aus genau diesen Vorkommnissen erwächst eine moralische Pflicht, in Guantánamo Inhaftierte auch in Deutschland aufzunehmen.“

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1379703509>

Scharfe Kritik an der ablehnenden Haltung Bundesinnenminister Schäubles (CDU) und anderer Unionspolitiker übte auch Renate Künast, die Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. In einem Interview mit der FAZ erinnerte sie an die historische Verpflichtung Deutschlands gegenüber den USA und hob außerdem die Chance eines politischen Neuanfangs im Rahmen der transatlantischen Beziehungen hervor:

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2009: Im Gespräch: Renate Künast)

FAZ: Frau Künast, warum wollen Sie, dass Deutschland Guantánamo-Häftlinge aufnimmt?

Künast: Die Guantánamo-Häftlinge sind Unschuldige. Das sind keine Straftäter, keine Terroristen. Wer sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt, muss helfen, Unschuldige aus dem Gefängnis herauszukriegen. Deutschland hat eine besondere Verpflichtung. Deshalb wundere ich mich, was bei CDU und CSU an Menschenrechtsverachtung, aber auch an Undankbarkeit gezeigt wird. Schäuble argumentiert: Die Amerikaner haben diese Leute entführt und inhaftiert, also müssen sie dieses Problem auch selber lösen. Ich will einmal daran erinnern: Nach dem Zweiten Weltkrieg, den Deutschland angefangen hat, hat Deutschland durch die USA und andere Länder massive Hilfe erfahren. Ich erinnere nur an den Marshallplan, die Care-Pakete, die Berliner Luftbrücke. Wie kann man da heute sagen, die USA sollen das Problem selber lösen.

FAZ: Also eine Geste der Dankbarkeit gegenüber Amerika?

Künast: Wir sollten froh sein, dass die transatlantischen Beziehungen wieder eine Chance haben, besser zu werden. Die Bereitschaft zu Konsultation und Kooperation in vielen Fragen ist bei Präsident Obama groß. Wir haben in Europa viele Möglichkeiten, daraus gemeinsam etwas zu entwickeln, auch in anderen Fragen wie dem Kopenhagener Prozess zum Klimaschutz. Wie man da nicht bereit sein kann, auch eine humanitäre Leistung zu erbringen, verstehe ich nicht.

FAZ: Sind die Leute unschuldig und harmlos, spricht doch nichts dagegen, dass sie in Amerika auch ein Aufenthaltsrecht bekommen. Sind sie gefährlich, wollen Sie die dann wirklich hier haben?

Künast: [...] Eines kann man nicht tun: sagen, das sind Unschuldige, die sollen doch in die USA gehen. Das sind Menschen, die irgendwo auf der Welt gelebt haben. Man kann sie doch nicht verschleppen, in ein Gefängnis in Guantánamo stecken und foltern und nachher sagen, dass sie zwangsweise in den USA leben müssen, im Land ihrer Folterer.

Stefan Dietrich, Redakteur der FAZ, wunderte sich in seinem Kommentar über die neu entdeckte „Amerika-Freundschaft“ von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und äußerte Skepsis hinsichtlich der Motivlage der beiden Parteien:

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2009: Amerika-Freunde)

„Die Avancen Steinmeiers und der SPD gegenüber dem neuen Mann im Weißen Haus haben einen klar erkennbaren Hintergrund: Als einstmals engster Mitarbeiter des Bundeskanzlers Gerhard Schröder hat Steinmeier in Washington einen Ruf als unsicherer Verbündeter abzustreifen, der auch bei Obamas neuer Mannschaft noch nicht ganz in Vergessenheit geraten sein dürfte. Innenpolitisch hängt ihm zudem der Fall Kurnaz nach: die verweigerte Hilfeleistung für einen Türken aus Bremen, der – unverschuldet oder nicht – in die Mühlen des amerikanischen ‚Kriegs gegen den Terror‘ geraten war. Der Eifer, mit dem sich die SPD jetzt für die Guantánamo-Insassen einsetzt, soll dieses Versagen offenbar kompensieren. Auch bei den Grünen gilt es etwas vergessen zu machen. Denn auf Bemühungen der Regierung Bush um Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen reagierten sie weniger entgegenkommend als jetzt. Das wollte wohl der einstige Bundesminister Jürgen Trittin mit seinem Getöse über den ‚Anti-Amerikanismus‘ der Union übertönen. [...] Man wird sehen, ob SPD und Grüne auch dann noch um den Titel des größten Amerika-Freunds wetteifern werden, wenn Präsident Obama die Deutschen mit weniger harmlosen Bitten konfrontiert.“

Zweifel an der Aufrichtigkeit der erklärten Motive brachte auch Bernd Hilder, der Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, vor. Allerdings dachte er dabei nicht nur an den damaligen Bundesaußenminister und SPD-Kanzlerkandidaten Steinmeier, sondern auch an den amerikanischen Präsidenten Obama:

(Leipziger Volkszeitung vom 27.01.2009: Guantánamo ist Obamas Problem)

„Ginge es Steinmeier nur um das Wohl unschuldig Inhaftierter, dann hätte er das Angebot schon der Bush-Regierung machen müssen. Wenn Obama wirklich, so wie versprochen, einen schnellen Wandel will, dann kann er alle Guantánamo-Gefangenen sofort in die USA überführen lassen und dort rechtsstaatlichen Verfahren unterwerfen. Doch er tut es nicht, aus taktischem Grund. Seine Popularitätswerte rasselten rasant in den Keller. Deshalb hat er sich und seiner Regierung eine Schonfrist von einem Jahr gegönnt, das Lager abzuwickeln. Steinmeier sollte mit seinem Vorpreschen in der Guantánamo-Frage nun nicht auch noch die EU spalten. Überflüssigen Streit in Deutschland hat er schon vom Zaun gebrochen.“

Für Brigitte Kols von der Frankfurter Rundschau hingegen stand bei der Debatte um die mögliche Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen nicht allein Deutschlands moralische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel, sondern die der gesamten Europäischen Union:

(Frankfurter Rundschau vom 29.01.2009: Europa im Moral-Test)

„Statt Erleichterung über die Rückkehr zu gemeinsamen Werten, einem globalen Handeln, für das die Europäer bislang das Copyright reklamierten, kommen Kleinmut und Bedenken zum Vorschein. [...] Es zeigt sich, wie schwer Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen sind, wenn es nicht nur um Worte, sondern um aktives Handeln geht. Nicht vom selbstverständlichen Recht auf Freiheit für unschuldig oder zumindest ohne Beweise in einem extralegalen Folterknast festgehaltene Menschen sprach Europa nun, sondern vorrangig von einem Sicherheitsproblem. Unbedenklichkeitserklärung des US-Militärs hin oder her, solche ‚Risikogefangenen‘ solle man sich doch tunlichst nicht durch willige Aufnahme aufhalsen. [...] Die Töne, die sich da eingeschlichen haben, sind ein Armutszeugnis für Europäer mit dem Menschenrechts-Button am Revers.“

Damit waren binnen etwas mehr als einer Woche die wichtigsten Argumente zwischen den Parteien ausgetauscht und die jeweiligen inhaltlichen Positionen abgesteckt, die in den folgenden Wochen im wesentlichen nur noch bestätigt, aber so gut wie nicht mehr verändert wurden.

Die Debatte um die Aufnahme der Uiguren

Neue Nahrung erhielt der Konflikt durch den Münchner Stadtrat, dessen Mitglieder in einem einvernehmlich gefassten Beschluss am 5. Februar 2009 ihre Bereitschaft zur Aufnahme einiger uigurischer Gefangener aus Guantánamo Bay in der bayerischen Landeshauptstadt erklärten. Das Hintergrundmotiv dieser rein symbolischen Entscheidung bildete das Schicksal einer seit 2002 in dem Gefangenenlager inhaftierten Gruppe von 17 Angehörigen der im Nordwesten Chinas beheimateten Volksgruppe der Uiguren, die den amerikanischen Behörden mittlerweile nicht mehr als verdächtig gelten, die aber nicht in ihre Heimat zurückkehren können, weil China in ihnen Mitglieder einer separatistischen Vereinigung sieht und sie mit Strafverfolgung bedroht. Mit Rücksicht auf das Schicksal dieser Gruppe wollte man ausgehend von München, wo sich Europas größte, rund 500 Personen umfassende uigurische Exilgemeinde befindet, nach Auskunft von Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) ein „frühzeitiges Signal“ an die US-amerikanische Regierung senden.

<http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/muenchen-will-uiguren-aufnehmen>

Die Reaktionen auf die Entscheidung des Münchner Stadtrats erfolgten umgehend, brachten aber keine Bewegung in die festgefahrene Debatte. Vertreter beider Seiten der Großen Koalition nutzen die Gelegenheit zur Bekräftigung ihrer schon bekannten Positionen. Eben darin meinte die Publizistin und taz-Korrespondentin Bettina Gaus denn auch den eigentlichen Zweck des Münchner Vorstoßes erkennen zu können:

(die tageszeitung vom 07.02.2009, Guantánamo macht Wahlkampf)

„Das Signal des SPD-Politikers richtet sich wohl weniger an das ferne Washington als an die Adresse der Gegnerin im Wahlkampf: also an die der Union. Längst ist Guantánamo zum Zankapfel zwischen Sozialdemokraten und Konservativen geworden. Der Fall der Uiguren beweist, dass die betroffenen Menschen dabei nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Gefangenen bedeuten nämlich kaum ein Sicherheitsrisiko. Nicht einmal die USA selbst glauben an ihre Schuld. Guantánamo als Wahlkampfthema erfüllt eine andere Funktion. Das Lager wird als Lackmustest für die Frage missbraucht, ob man der Sicherheit oder den Menschenrechten einen größeren Stellenwert einräumt. Punkten lässt sich eventuell mit beidem.“

<http://www.taz.de/nc/1/debatte/kommentar/artikel/1/guantanamo-macht-wahlkampf>

Tatsächlich waren es dann aber vor allem die Oppositionsparteien, die sich des Themas in der Folgezeit annahmen und sich bemühten, die politische Debatte zu führen. Während die Kontrahenten im Regierungslager eher zurückhaltend auftraten und wiederholt auf laufende Bemühungen um eine gesamteuropäische Lösung des Problems verwiesen, wurden die Vertreter der Oppositionsparteien nicht müde, den autonomen Handlungsspielraum und damit auch die Verantwortung der Bundesregierung bzw. des Bundesinnenministers und seiner Länderkollegen hervorzuheben. So erklärte Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke:

(Pressemitteilung vom 07.04.2009)

„Bundesinnenminister Schäuble hat durchaus die Möglichkeit, in Einzelfällen die Aufnahme von Gefangenen anzuweisen. [...] Auch die Bedenken anderer EU-Staaten, dass die aufgenommenen Häftlinge sich frei im Schengen-Raum bewegen können, ist lediglich eine

schlechte Ausrede für die eigene Untätigkeit. Ihr Aufenthalt kann auf einzelne Länder beschränkt werden. Diese Möglichkeit sieht das deutsche Aufenthaltsgesetz ausdrücklich für diejenigen vor, die auf Weisung des Bundesinnenministers aufgenommen werden. Und schließlich hat sich mit München bereits eine Kommune bereit erklärt, die uigurischen Gefangenen aufzunehmen. [...] Es fehlt also nur am politischen Willen des Bundesinnenministers.“

http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung_druckversion.php?artikel=1226997577

Als die US-Administration der Bundesregierung Ende April eine Liste mit den Namen von neun in Guantánamo inhaftierten Uiguren übergeben ließ und offiziell um deren Aufnahme in Deutschland ersuchte, erfuhr die bis dahin ohne unmittelbaren Handlungsdruck geführte Auseinandersetzung nicht nur eine nochmalige Zuspitzung, sondern auch eine interessante Wendung. Überrascht wurden all diejenigen, die mit Blick auf den bestehenden Prinzipiengegensatz zwischen den damaligen Regierungsparteien einen lautstarken Koalitionskrach erwartet hatten. In ihren ersten Reaktionen präsentierten die Koalitionäre sich trotz fortbestehender Grundsatzdifferenzen vielmehr einmütig reserviert. Die von den US-amerikanischen Behörden übermittelten Auskünfte, so ließ man wissen, reichten nicht aus. Insbesondere ließen sie die Frage offen, warum die Uiguren gerade von Deutschland und nicht von einem anderen Land aufgenommen werden sollten. Die Kriterien, die für eine Aufnahme in Deutschland sprächen, wären demnach, dass die Guantánamo-Gefangenen hier geboren worden seien, hier längere Zeit gelebt oder enge Verwandtschaftsbeziehungen hätten. Offenbar erfüllte keiner der Gefangenen auf der US-Liste diese Bedingungen. Nicht ausreichend für eine Aufnahme sei die bloße Tatsache, dass es in deutschen Städten wie etwa in München eine größere Uiguren-Gemeinde gebe. Denn nach diesem Kriterium könnten viele Menschen auf der Welt darum bitten, in Deutschland leben zu dürfen.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/189/467760/text/>

Die Gründe für die ungewohnte Einmütigkeit in der großen Koalition waren dabei durchaus verschieden. Seitens des Bundesinnenministeriums wurden vor allem sicherheitspolitische Vorbehalte geltend gemacht. So kamen Sicherheitsexperten nach eingehender Prüfung von US-Dossiers zu den in China mit Verfolgung bedrohten Uiguren zu dem Schluss, dass das Material in „keinem Fall“ für eine Einreisegenehmigung nach Deutschland ausreiche. Vielmehr war man der Auffassung, dass von den Männern gar eine „potenzielle abstrakte Gefährlichkeit“ ausgehe.

http://www.focus.de/politik/deutschland/guantanamo-hohe-huerden-fuer-neun-uiguren_aid_399806.html

Demgegenüber war der Sinneswandel des damaligen Bundesaußenministers Steinmeier nach Informationen des Nachrichtenmagazins Der Spiegel vor allem auf diplomatische Bedenken zurückzuführen. Demnach befürchtete dieser für den Fall der Aufnahme der Uiguren massiven Ärger mit der chinesischen Führung, die in den Häftlingen Terroristen sieht und deren Auslieferung verlangt. Laut Spiegel hätte Steinmeiers Staatssekretär Reinhard Silberberg in Washington bereits die Vorbehalte des Auswärtigen Amtes angesprochen und mitgeteilt,

dass Deutschland überhaupt nur dann zur Aufnahme von Uiguren bereit wäre, wenn sich auch andere europäische Staaten beteiligten und der zu erwartende Zorn Pekings sich so verteilen ließe.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,625321,00.html>

Während man seitens der FDP die Bemühungen der Bundesregierung um eine europäische Lösung grundsätzlich unterstützte, aber mit Rücksicht auf das Schicksal der Gefangenen zur Eile mahnte, vermochte aus Sicht der linken Oppositionsparteien keines der vorgebrachten Argumente zu überzeugen. Für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen warf deren erster parlamentarischer Geschäftsführer und menschenrechtspolitischer Sprecher Volker Beck der Bundesregierung doppelte moralische Standards und Untätigkeit vor:

(Pressemitteilung vom 18.05.2009)

„Man kann sich nicht einerseits demonstrativ mit dem Dalai Lama vor den Medien zeigen und dann vor einer Aufnahme von Uiguren zurückschrecken. Der Dalai Lama selbst hat in seinem Gespräch mit den Grünen im letzten Jahr auf die schlimme Unterdrückung der Uiguren durch die Chinesen hingewiesen. Wenn man jetzt entdeckt, dass China über eine Aufnahme von Uiguren in Deutschland verschupft sein könnte, fragt man sich, was die Regierung eigentlich die ganze Zeit gemacht hat. Seit Monaten ist klar, was die Anfrage der Amerikaner beinhalten wird. Warum hat man sich darauf nicht vorbereitet? Weil man mit sich selbst beschäftigt ist. Beschämend!“

http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/286/286166.guantanamo_deutschland_soll_sich_an_frank.pdf

In den Medien nutzten einige Kommentatoren die Gelegenheit zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Positionen der Streitparteien. In der Wochenzeitung DIE ZEIT verteidigte deren Mitherausgeber Theo Sommer im Wesentlichen die ablehnende Position der Bundesregierung. In seinen Augen handelte es sich bei der Anfrage der Amerikaner schlicht um eine „Zumutung“, auf die sich Deutschland „nicht einlassen“ sollte. Zur Rechtfertigung seiner ablehnenden Haltung führte Sommer noch einmal die wichtigsten Argumente aus dem Lager der Gegner einer Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in Deutschland an und plädierte für einen nüchternen interessenpolitischen Umgang mit dem Thema:

(DIE ZEIT vom 14.05.2009, Sollen wir Uiguren aufnehmen?)

„Zum ersten: Es ist nicht einzusehen, weshalb andere die Suppe auslöffeln sollen, die sich die Amerikaner selber eingebrockt haben. Warum sollte Bayern oder Niedersachsen Leute aufnehmen, deren Aufnahme sich Texas und Illinois verweigern? Barack Obama will das Unrecht wiedergutmachen, das den Guantánamo-Häftlingen unter seinem Vorgänger zugefügt wurde; das ehrt ihn. Aber es ist die Sache des Täter-Volkes, hier Remedur zu schaffen. [...] Zum zweiten: Die Barmherzigkeit der Menschenrechtsverteidiger in Ehren, aber darüber dürfen wir die Sicherheitsproblematik nicht außer Acht lassen. Wir wissen einfach nicht, wer da zu uns kommen soll. Unschuldige, die das Pech hatten, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, den Amerikanern gegen ein Kopfgeld ausgeliefert? Schuldige oder potentiell Schuldige, die sich als Unschuldslämmer gebärden, um freizukommen? [...] Zum dritten: Der chinapolitische Aspekt der Sache lässt sich nicht schlichtweg ignorieren. Die Obama-Administration will es sich mit Peking nicht verderben; deswegen hat Hillary Clinton bei ihrem ersten China Besuch als US-Außenministerin die Menschenrechtsfragen ostentativ auf die Sparflamme geschoben. Weshalb aber sollten wir allein eine neuerliche Verschlechterung der Beziehungen zum Reich der Mitte riskieren, während Amerika sich listig abseits hält und selber keinen einzigen Uiguren aufnimmt? Daraus kann nichts werden. [...] Die Gefühlsaufwallungen sind

verständlich, die derzeit die Uiguren-Frage auslöst. Aber späte Gewissensbisse wegen der Behandlung des Falles Murat Kurnaz oder die dankbare Erinnerung an den Marshall-Plan, an Care-Pakete und die Rosinenbomber während der Berlin-Blockade sollten uns nicht verführen, die Vernunft außer Kraft zu setzen.“

<http://www.zeit.de/2009/21/Uiguren-Contra-lang>

Die einschlägigen Argumente der Gegenseite, die sich vor allem auf die moralische und humanitäre Dimension der Problematik beziehen, führte demgegenüber Damir Fras in einem Kommentar für die Berliner Zeitung ins Feld:

(Berliner Zeitung vom 16.05.2009, Eine moralische Verpflichtung)

„Wer nicht an Sicherheitswahn leidet oder diesen nicht mutwillig verbreiten will, muss nüchtern feststellen: Die neun Guantánamo-Insassen aus dem Westen Chinas sind entweder unschuldig, oder sie haben nichts verbrochen, wofür sie als mutmaßliche Terroristen vor ordentliche US-Gerichte gestellt werden könnten. [...] Das US-Militär und die US-Geheimdienste hatten viele Jahre Zeit, Beweise zu sammeln, die den Terrorismusverdacht unterstützen. Es ist ihnen nicht gelungen. Sonst stünden die Uiguren ja vor Gericht. Selbst das Geständnis eines der Männer, an Waffen ausgebildet worden zu sein, hat nicht für eine Anklage ausgereicht. Die Gefahr ist daher gering, dass die Uiguren in Deutschland zum Sicherheitsrisiko werden. [...] Es ist ein Gebot der Humanität, Menschen – selbstverständlich nach eingehender Sicherheitsüberprüfung jedes Einzelnen – Obdach zu gewähren, wenn sie andernorts keine Zuflucht finden. Das klingt nach moralischer Verantwortung. Und so ist es auch gemeint. Jenseits dieser Verpflichtung, die man gutheißen oder naiv nennen mag, gibt es eine politische Komponente, die für eine Aufnahme der Uiguren spricht. Die Bundesregierung machte sich nicht nur unglaublich, wenn sie US-Präsident Obama jetzt Hilfe verweigerte, nachdem sie jahrelang die Schließung des Lagers verlangt hatte. Das wäre auch eine Belastung für die transatlantischen Beziehungen, für die jene in der Regierung nicht stehen sollten, die sich als Amerika-Freunde und werte-orientierte Außenpolitiker verstehen.“

Mit der überraschenden Ankündigung des palauischen Präsidenten Johnson Toribiong, allen 17 in Guantánamo inhaftierten Uiguren Asyl in dem pazifischen Inselstaat Palau zu gewähren, endete die deutsche Guantánamo-Debatte am 10. Juni 2009 ebenso abrupt, wie sie knapp ein halbes Jahr zuvor begonnen hatte. In der unmittelbar bevorstehenden heißen Phase des Bundestagswahlkampfes 2009 zeigte keine der im Bundestag vertretenen Parteien mehr ein Interesse daran, das Thema nochmals auf die Tagesordnung zu bringen. Dass es dort in absehbarer Zeit wieder erscheinen wird, dürfte angesichts des wachsenden Widerstands, dem sich Präsident Obama bei seinen Bemühungen um eine Schließung des Lagers mittlerweile selbst in den Reihen seiner eigenen Partei ausgesetzt sieht, allerdings so gut wie sicher sein.